

Berninger unterstützt Taubert gegen NPD



Am 22.10. hat der Thüringer Verfassungsgerichtshof eine Klage der neonazistischen NPD gegen Sozialministerin Heike Taubert verhandelt, weil diese mit ihrem Unterstützungsauftrag für Anti-NPD-Proteste in Kirchheim die gebotene parteipolitische Neutralität habe vermissen lassen. Sabine Berninger, Justizpolitikerin der Fraktion DIE LINKE, erklärt dazu: „Wenn Nazis und RassistInnen gegen die Menschenwürde aktiv werden, dann gibt es keine so genannte parteipolitische Neutralität“, wie die NPD sie einfordere. Ganz im Gegenteil bestehe in solchen Fällen das Gebot, Partei zu ergreifen. „Ich kenne Frau Taubert als engagierte Verteidigerin von Demokratie und Toleranz und kann ihr nur für ihre Klarheit in dieser Sache danken“, betont Sabine Berninger.

Taubert habe mit ihrem Aufruf nichts anderes getan, als einen Appell ernst zu nehmen und umzusetzen, der vom Thüringer Landtag in der ersten Sitzung der 5. Legislaturperiode am 29. September 2009 beschlossen worden sei. Es handle sich dabei um den Appell „an Exekutive und Justiz, alle Mittel und Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremismus – gegenwärtig vor allem des Rechtsextremismus – und Rassismus im Rahmen des rechtsstaatlich Möglichen auszu-schöpfen.“

Der Landtag erklärte in seinem Beschluss (Landtagsdrucksache 5/23): „Der Schutz der Menschenwürde verlangt, entschlossen gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorzugehen.“ Die Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz und der Verfassung des Freistaats Thüringen konkretisiert ist, erfordert die entschlossene Auseinandersetzung mit allen Gegnern dieser Ordnung.“ Dass in der NPD Gegnerinnen und Gegner dieser Ordnung organisiert sind, sei unbestritten, stellt Berninger klar. ■

Wohnungsunternehmen müssen gestärkt werden

Linksfraktion im Dialog mit dem Verband der Thüringer Wohnungswirtschaft

Die Wohnungsunternehmen in Thüringen spielen eine wichtige Rolle auf dem hiesigen Wohnungsmarkt. Im „vtw. Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V.“ haben sich derzeit 198 Mitgliedsunternehmen, darunter 106 Wohnungsgenossenschaften und 54 kommunale Wohnungsgesellschaften, zusammengeschlossen. Die Mitgliedsunternehmen bewirtschaften rund 270.000 Wohnungen. Fast ausschließlich handelt es sich mit 252.500 Wohnungen um den eigenen Bestand der Unternehmen. Nur rund 17.500 Wohnungen werden für Dritte, teils in der Wohnungseigentumsverwaltung, betreut. Nahezu jeder zweite Mieter in Thüringen wohnt somit in einer Wohnungsgenossenschaft oder Wohnungsgesellschaft.

Am 28. Oktober 2014 fand der wohnungspolitische Dialog zwischen dem Verband vtw und den neu gewählten Abgeordneten des Thüringer Landtags statt. Es ging bei den Gesprächen, an welchen Abgeordnete der Fraktionen DIE LINKE, SPD, Grüne und CDU teilnahmen, unter anderem um die aktuelle Leerstandsquote der Wohnungen

und die Fluktuationsrate bei den Vermietungen. Schnell wurde klar, dass sich der vtw und die Vertreter des Thüringer Landtags einig sind, dass die Sicherung des bezahlbaren Wohnens nur gemeinsam geht. DIE LINKE unterstützt größtenteils die Forderungen des vtw und ist der Meinung, dass man bei einer zu erwartenden zweiten Leerstandswelle die Erfahrungen der ersten unbedingt nutzen sollte. Wohnungsbaugesellschaften müssen weiter gestärkt werden, um einem Abbau von Wohnungskapazitäten und der drohenden Privatisierung durch Verkauf entgegen zu wirken.

Förderprogramme anpassen

Ein ehrliches Auseinandersetzen mit den Kosten der Energiewende, die immer weiter steigende Nachfrage nach gemeinschaftlichem Wohnen sowie der Bedarf an Stellplätzen und Spielplätzen, die ein angenehmes Wohnen in Aussicht stellen, sind zu berücksichtigen. Förderprogramme müssen neu überdacht werden. Auch das Wechselverhältnis zwischen dem ländlichen Bereich und großen Städten muss dabei in Betracht gezogen werden. Das Programm der Dorferneuerung bedarf

einer kompletten Neuausrichtung. Das Preisniveau bei Wohnungen muss sich auch an den Bevölkerungsgruppen orientieren. DIE LINKE ist dafür, alles zu ermöglichen, was im Kostenrahmen liegt. Sie ist gegen eine Übertragung allgemeiner kommunaler Kosten auf die einzelnen Wohnungsunternehmen.

Ebenso wie die Sprecher von SPD, Grünen und CDU hält sie eine Senkung der Grunderwerbssteuer, die der vtw fordert, für schwierig. Gemeinsam mit den Partnern der Sondierungsgespräche für die mögliche rot-rot-grüne Landesregierung hat sich DIE LINKE für eine Mietpreisbremse ausgesprochen. Im Falle dieser Mietpreisbremse müsste ein Investor zwar eventuell mit weniger Rendite zufrieden sein, diesen Faktor müsse man allerdings in Kauf nehmen, da es zunächst gilt, bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Auch ist die Mietpreisbremse kein Muss, sondern vielmehr eine Möglichkeit, in eine sich stetig steigende Mietpreisspirale in einigen Wohnvierteln der betroffenen Städte dämpfend einzuwirken.

Anja Gebauer

(unsere Autorin absolviert ein Praktikum bei Frank Kuschel, MdL) ■

Abwärtstrend bei Unternehmensgründungen in Thüringen

Die selbst in der eigenen Partei höchst umstrittene amtierende Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) hat sich zu Wort gemeldet.

Nach einem katastrophalen Regierungsjahr mit zahlreichen Affären (Stichwort: Gnauck), staatsanwaltlichen Ermittlungen und der Landtagswahl, bei der ihre Partei weit unter dem eigenen Ziel abgeschnitten hat, behauptet Lieberknecht, es sei ein Zeichen von „Vernunft“, wenn man ihrer zerstrittenen CDU in Thüringen die Regierungsmacht lasse. Damit werde verhindert, so wird Lieberknecht in einer CDU-Pressemitteilung zitiert, „dass Thüringen sich durch eine von der Linken geführte Regierung ins Abseits manövriert (sic!) und die erfolgreiche Entwicklung der letzten Jahre abreißt.“

Nun ist Detailkenntnis offenbar Lieberknechts Sache nicht. Nimmt man etwa ein landespolitisch bedeutendes Feld wie die Wirtschaftsstruktur, dann muss die von der CDU so betonte „erfolgreiche Entwicklung“ deutlich relativiert werden.

Lieberknecht ohne Sachkenntnis

So sind beispielsweise in Thüringen von Januar bis Juli 2014 die Gewerbeanmeldungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum laut Mittei-

lung des Landesamtes für Statistik um 823 bzw. 9,6 Prozent auf 7.749 Anzeigen zurückgegangen. Mehr als vier Fünftel der Gewerbeanmeldungen entfielen dabei auf gewerbliche Neugründungen. Den weitaus größten Anteil an den Neugründungen machten mit 72,5 Prozent allerdings die Kleinunternehmen und der Nebenerwerb aus, wie das Landesamt berichtet. Nur 27,5

meldungen kamen somit 112 Abmeldungen. Auf die Bevölkerungszahl umgerechnet, entfielen auf 10.000 Einwohner 36 Gewerbeanmeldungen und 40 Gewerbeabmeldungen.

Freistaat am stärksten betroffen

Dazu passen Meldungen über Arbeitsplatzrückgänge im Bereich der erneuerbaren Energien. Es habe sich zwar um einen deutschlandweiten Trend gehandelt, das Minus sei in Thüringen aber am höchsten gewesen.

Die Zahlen stammen aus einer aktuellen Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums. Dort ist festgehalten, Thüringen sei „dem fortschreitenden Markteinbruch in der Solarenergie ausgeliefert gewesen“. Aus dem Thüringer Wirtschaftsministerium heißt es, die CDU habe bei Windkraft oder Geothermie „auf der Bremse“ gestanden.

Ein derart negativer Saldo lässt sich nicht als Erfolg verkaufen – weder von Lieberknecht noch von vereinzelt Satrapen, die mit vollmundiger Agitation sowie apokalyptischen Warnungen vor einem Regierungswechsel im Interesse der CDU tätig sind und noch dazu gegen das Gebot zur parteipolitischen Neutralität einer IHK verstoßen.

Stefan Wogawa ■



Prozent waren sogenannte „Betriebsgründungen mit größerer wirtschaftlicher Substanz“, gemeint sind Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften und Betriebe mit Beschäftigten.

Deutlich höher als die Zahl der Gewerbeanmeldungen lag von Januar bis Juli 2014 außerdem mit 8.647 die der Gewerbeabmeldungen. Auf 100 An-